

Rechtsextremismus hat viele Gesichter

Perspektivierungen auf den »deutschen« und »türkischen« Rechtsextremismus nach dem Brandanschlag in Solingen 1993

Kemal Bozay

Die 1990er-Jahre waren gekennzeichnet durch rassistische Stimmung und rechts-extreme Gewalt in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik. Politische Umbrüche und die Wiedervereinigung Deutschlands lösten in den 1990er-Jahren bundesweit eine pogromartige Stimmung gegen Geflüchtete und Migrant*innen aus, die ihren Höhepunkt 1993 in dem Brandanschlag von Solingen erreichte. Nach dem Solinger Brandanschlag zeigte sich ein antirassistischer Widerstand (bundesweite Demonstrationen, Lichterketten, Mahnwachen, Festivals etc.), der von verschiedenen demokratischen Parteien, Migrant*innenverbänden und Initiativen getragen wurde. Hinzu zeigte sich aus der Betroffenheit eine kollektive Wut von zahlreichen Türkeistämmigen – insbesondere Jugendlichen. Doch auch türkisch-rechtsextreme Netzwerke (»Graue Wölfe«) versuchten, diesen Brandanschlag für sich zu instrumentalisieren. Neben der kollektiven Wut vieler türkeistämmiger Jugendliche kam es dazu, dass beispielsweise Anhänger*innen der »Grauen Wölfe« abends Straßen in Brand legten und gegen antifaschistische Demonstrationen provozierten. Die Medien berichteten damals von angeblichen »rivalisierenden« türkischen Gruppen, ohne dabei auf das Ziel dieser Netzwerke und die kollektive Wut hinzuweisen. In diesem Sinne beleuchtet dieser Beitrag Perspektiven auf den »deutschen« und »türkischen« Rechtsextremismus im Zuge der Ereignisse in Solingen 1993.

Einleitung

In den 1990er-Jahren beherrschte bundesweit eine migrations- und geflüchtetenfeindliche Stimmung die Öffentlichkeit. Hierbei polarisierten insbesondere die deutsche Wiedervereinigung 1989/1990 und die damit verknüpfte sogenannte Asyldebatte, die zu einer pogromartigen Stimmung in Teilen der Öffentlichkeit führte. Den Gipfel dieser rassistisch konnotierten Debatte bildete 1993 der sogenannte »Asylkompromiss«, der von CDU/CSU, SPD und FDP politisch getragen wurde und

die faktische Abschaffung des Asylrechts beinhaltete. Am 26. Mai 1993 wurde der »Asylkompromiss« im Bundestag verabschiedet. Drei Tage später ereignete sich der rassistische Brandanschlag in Solingen.

Gelenkt wurde diese politische Entscheidung durch eine vorher panikartig verbreitete flucht- und migrationsfeindliche Stimmung, die insbesondere von Politik, Eliten und Medien mit angeheizt wurde. Das Ergebnis war ein Anstieg rassistischer Gewalt, insbesondere gegen Geflüchtete und Migrant*innen. Den Beginn dieser Gewaltwelle bildeten die Brandanschläge auf Geflüchtete und Flüchtlingsunterkünfte in Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992). Dem folgten die Brandanschläge in Mölln (1992) und Solingen.

Bei dem rassistischen und rechtsextremen Brandanschlag am 29. Mai 1993 in Solingen wurden Gürsün İnce (27), Hatice Genç (18), Gülüstan Öztürk (12), Hülya Genç (9) und Saime Genç (4) getötet. Solingen, die Kleinstadt im Oberbergischen, wurde durch diesen Anschlag zum Zentrum der Auseinandersetzung mit rechter Gewalt in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die Kehrseite der Medaille offenbarte, dass der rassistische Brandanschlag in Solingen insbesondere unter vielen Türkeistämmigen eine große kollektive Wut auslöste. Wut auf ein System, das den immer stärker werdenden Rassismus jahrelang ignorierte, gar ausblendete. Wut auf ein System, das politisch gesehen den Weg für diese rassistische Hetze geebnet hat. Nach dem Solinger Brandanschlag wurde bundesweit unter vielen (türkeistämmigen) Migrationsfamilien eine Welle der Angst und Panik sichtbar, ein Gefühl des Abgewertetseins und Nicht-Dazugehörens. Es zeigte sich ein Misstrauen gegenüber den staatlichen Institutionen. Rechtsextreme Organisationen mit Türkeibezug (»Graue Wölfe«)¹ instrumentalisierten diese Wut und dieses Misstrauen wiederum für ihre eigene politische Mobilisierung. Anhänger*innen der »Grauen Wölfe« und Ultranationalist*innen nahmen den Solinger Brandanschlag zum Anlass, um ein Klima der »Rache« zu verbreiten. Damit wurde Solingen 1993 nicht nur zum Aktionsfeld rechtsextremer Neonazi-Gruppen, sondern auch extrem rechter und ultranationalistischer Organisationen mit Türkeibezug.

Diese Wut insbesondere unter Türkeistämmigen verbreitete sich auch auf den Straßen Solingens und anderen Städten der Bundesrepublik. Insbesondere bei vielen türkeistämmigen Jugendlichen wandelte es sich in eine kollektive Wut

1 Rechtsextremismus ist im globalen Kontext eine Sammelbezeichnung für politische Parteien, Organisationen und Gruppierungen, aber auch Strömungen und Bewegungen, die – häufig unter Androhung und/oder Anwendung von Gewalt – demokratische Grundrechte einzuschränken bzw. ganz abzuschaffen, in der Regel sozial benachteiligte, von der gültigen »Standardnorm« abweichende Minoritäten ausgrenzen, abwerten oder – im Extremfall – auszulöschen versuchen. Im Kern stützt sich auch der türkische Rechtsextremismus auf diese Grundlagen.

gegen das System und die bislang gesammelten Diskriminierungserfahrungen und Rassismuspraktiken (vgl. antifaschistische Zeitung NRW 1993: 11). Im Umfeld der extrem rechten und ultranationalistischen Organisationen mit Türkeibezug wurde andererseits diese Wut- und Rachewelle als Anlass genommen, landes- und bundesweit nach Solingen zu mobilisieren und zu Provokationen aufzurufen. Den Höhepunkt dieser Mobilisierung bildete der Angriff auf eine Großdemonstration am 5. Juni 1993, zu der der neu gegründete Solinger Appell gemeinsam mit demokratischen Parteien, Initiativen und Migrant*innenorganisationen aufgerufen hatte. Bereits im Vorfeld kam es zu Provokationen und am Tag der Demonstration flogen Steine in die Menge. Zudem kam es zu Ausschreitungen. Für diese provokative Stimmung und die angestachelten Auseinandersetzungen waren Anhänger*innen aus dem Umfeld der extrem rechten »Grauen Wölfe« verantwortlich (vgl. ZAG 1993: 34; Antifaschistische Zeitung 1993: 13).

Diese Form der politischen Mobilisierung hat einerseits eine neue Dimension extrem rechter und ultranationalistischer Einstellungen in der Migrationsgesellschaft evoziert (vgl. Bozay 2003)² und andererseits die Frage aufgeworfen, welche politischen Inhalte und Aktionsformen hinter diesen als »rivalisierende« Gruppen dargestellten extrem rechten und ultranationalistischen Organisationen mit Türkeibezug auszumachen sind.

»Graue Wölfe« und die Mobilisierung des »Europäischen Türkentums«

Bei den »Grauen Wölfen« handelt es sich um eine seit sechs Jahrzehnten in der Türkei existierende rassistische und rechtsextreme Bewegung, die mit zahlreichen Vereinen und mehreren Dachverbänden auch in Deutschland aktiv ist. Sie nennen sich selbst »*Ülkücü*« (wörtliche Übersetzung: »Idealismus«). Ihr Symbol ist der »Graue Wolf« (»Bozkurt«), der aus einem alttürkischen Mythos stammt und Stärke, Militanz sowie Aggressivität der Bewegung symbolisieren soll. Sie propagieren einen »ethnischen Nationalismus«; ihr großes Ideal sind »Turan«, ein großtürkisches

2 Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der PDS im Bundestag vom 18.08.1995 verdeutlicht, dass die Aktivitäten der »Grauen Wölfe« und ihrer Umfeldorganisationen nach den Ereignissen von Solingen 1993 an Dynamik gewonnen haben. Hierin heißt es: »Vor allem nach den tödlichen Brandanschlägen von Mölln und Solingen durch deutsche Neonazis versuchen rechte, nationalistische und/oder islamisch-fundamentalistische türkische Gruppen [...] Einfluß auf ihre Landsleute auszuüben. [...] Insofern machen sich diese Gruppen den in der Bundesrepublik Deutschland herrschenden Rassismus und die daraus resultierenden Probleme für die aus der Türkei stammenden Menschen für ihre Ziele zunutze« (Deutscher Bundestag, Drucksache 13/2164, 18.08.1995, <https://dsserver.bundestag.de/btd/13/021/1302164.pdf>).

Reich, sowie die Eliminierung der politischen Gegner*innen. Diese Bewegung formierte sich 1969 in der Türkei unter der Führung von Alparslan Türkeş zur »Partei der Nationalistischen Bewegung« (MHP – *Milliyetçi Hareket Partisi*) (vgl. Bozay 2021).

Es handelt sich um türkisch-rechtsextreme und ultranationalistische Bewegungen, die seit Jahrzehnten auch in Deutschland existieren. Sie sind in zahlreichen lokalen Vereinen und verschiedenen Dachverbänden organisiert, überhöhen die türkische Nation und betonen angeblich vermeintlich islamische Werte. Ferner hetzen sie gegen tatsächliche oder vermeintliche Linke und alle Nicht-Türk*innen – wozu sie auch Armenier*innen, Kurd*innen, Jüdinnen und Juden, Alevit*innen, Ezid*innen oder Aramäer*innen zählen. Sie übertragen Konflikte aus der Türkei nach Deutschland.

Bereits in den 1970er-Jahren entstand in der Bundesrepublik eine Vielzahl türkisch-rechtsextremer Vereine. Viele von ihnen schlossen sich 1978 dem Dachverband ADÜTDF (Türkische Föderation der Idealistenvereine in Deutschland, bekannt als Türk Federasyon) an (vgl. Bozay 2021). Die Dachverbände und lokalen Mitgliedsvereine aus dem Umfeld der »Grauen Wölfe« verstehen sich häufig als türkische Selbsthilfeorganisationen, in denen auch Moscheegemeinden integriert sind. Gleichzeitig haben sie Einfluss auf zahlreiche Kultur- und Elternvereine, Unternehmer*innenverbände, Jugendgruppen, Fußballclubs und Moscheen – und damit auf das soziale Leben vieler türkeistämmiger Menschen in Deutschland. Ebenso wirken sie aktiv in Integrationsräten mit, und es gibt Bestrebungen von Funktionären der »Grauen Wölfe«, in deutsche Parteien einzutreten und aktiv mitzuarbeiten, um ihre Inhalte zu verbreiten.

»Neun Lichter«-Doktrin (Dokuz Işık), islamischer Nationalismus und türkisch-islamische Synthese

Im Zentrum der MHP-Politik steht die »Neun Lichter«-Doktrin von Alparslan Türkeş, die folgende Eckpunkte umfasst: Nationalismus, Idealismus, Ehrgefühl, Soziale Kompetenz, Wissenschaft, Einheit, Bauernschaft, Freiheit und Selbstständigkeit. Karl Binswanger und Fethi Sipahioğlu (1988: 65) stellen fest, dass »Diktion und Inhalt [...] an Hitlers ›Mein Kampf‹ erinnern.« Auch dem Islam wird eine starke Bedeutung zugeschrieben. Die MHP und nationalistische Netzwerke haben einen aktiven Beitrag geleistet, dass die »Türkisch-Islamische Synthese« in den 1970er- und 1980er-Jahren zu einem Kernideologem des türkischen Rechtsextremismus und Nationalismus avancieren konnte. Zugleich dient die Betonung des Islam dazu, breitere religiös gesinnte Bevölkerungsgruppen stärker beeinflussen und leichter rekrutieren zu können (vgl. Zeller-Mohrlock 1992).

Mobilisierung des »Europäischen Türkentums«

Im Zuge der rassistischen Brandanschläge nach Mölln und Solingen sowie der polarisierenden migrationspolitischen Debatten kam es in den 1990er-Jahren in den Umfeldorganisationen der »Grauen Wölfe« in Deutschland zu Umstrukturierungen. Parallel hierzu prägte der damalige MHP-Vorsitzende Türkeş 1996 den Begriff des »Europäischen Türkentums« (*Avrupa Türklüğü*) als Sammelbegriff für die türkisch-nationalistische Identität in der Migration (vgl. Der Spiegel, 43/1996). Damit sind türkeistämmige Menschen gemeint, die zwar ihren Lebensmittelpunkt in (West-)Europa haben, aber dennoch ihre türkisch-nationalistische Identität weiterverbreiten und dafür aktiv mobilisieren sollen. Auch in Solingen zeigten sich zahlreiche »Graue Wölfe«-Anhänger*innen als Verfechter*innen des »Europäischen Türkentums«.

Funktion extrem rechter Organisationen mit Türkeibezug

Man kann hierzulande den Einfluss der extrem rechten Organisationen mit Türkeibezug nicht allein auf bundesdeutsche Rahmenbedingungen beschränken. Diese Strukturen sind zugleich von einer politischen Ideologie geprägt, die über die Politik in der Türkei bestimmt werden. Die Funktion der extrem rechten und ultranationalistischen Organisationen besteht neben der politischen Profilierung auch in der Vertretung gruppenspezifischer Interessen. Nach Gabriel Sheffer wirken ethnische Organisationen und Netzwerke häufig auf »Diasporasegmente« in verschiedenen Ländern. In der Wahrnehmung der ethnischen Interessen der Ursprungsbevölkerung in der Herkunftsregion funktionieren sie sowohl intrakommunal (Zielrichtung Aufnahmeländer) als auch extrakommunal (Zielrichtung Herkunftsländer). In beide Richtungen unterteilt Sheffer diese Funktionen in die Kategorien »Erhalten«, »Schützen« und »Fördern« (vgl. Sheffer 1993: 271).

Die Kategorie »Erhalten« bedeutet auf intrakommunaler Ebene die Unterstützung gemeinschaftlicher kultureller und sozialer Aktivitäten, ethnischer und religiöser Institutionen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie Aktivitäten im Gesundheits- und Wohlfahrtsbereich. Extrakommunal erfolgen diese Maßnahmen in Form finanzieller Unterstützung der Ursprungsbevölkerung durch Spenden, organisierte Besuche der Herkunftsregion oder anderer Segmente sowie der Koordination sozialer, kultureller und politischer Aktivitäten. So haben die Umfeldorganisationen der »Grauen Wölfe« von Deutschland aus beispielsweise Wahlkämpfe der MHP in der Türkei aktiv finanziell und ideell unterstützt.

Die Kategorie »Schützen« dagegen kann intrakommunal physischen und politischen Schutz vor den Mehrheitsgesellschaften sowie Angehörigen anderer Gruppen

bedeuten, während sie extrakommunal gewöhnlich konkrete Interventionen und Einmischung in politische Vorgänge bedeutet.

Die Kategorie »Fördern« bedeutet nach Sheffer schließlich in intrakommunaler Sicht die Betreuung von Neuankömmlingen und die Anwerbung. In extrakommunaler Richtung erfolgt Förderung auf ähnliche Weise, jedoch mit der Zielstellung, der gesamten Weltöffentlichkeit ein positives Bild der eigenen Gruppe zu vermitteln und ihr somit auf möglichst hoher Einflussebene eine günstige politische Atmosphäre zu bieten (vgl. Sheffer 1993: 271ff.).

So ist davon auszugehen, dass extrem rechte Organisationen mit Türkeibezug im Rahmen der von Sheffer skizzierten Kategorien ihre eigenen Interessen vertreten, indem sie den Rassismus der anderen ablehnen, aber bezogen auf ihre eigene (politische) Identität die Abwertung von Kurd*innen, Alevit*innen und Armenier*innen legitimieren. Entwickelt haben sich diese Organisationen zu einer transnationalen Bewegung, die als Netzwerk korrespondierender Interessenvertretungen an verschiedenen Standorten agieren.

Rassismus und Rechtsextremismus haben viele Gesichter

Annita Kalpaka, Nora Räthzel und Klaus Weber (2017) konstatieren, dass Begriffe wie »Fremdenfeindlichkeit« oder »Ausländerfeindlichkeit« nicht den Kern treffen, zumal sie im Gegensatz zum Terminus »Rassismus« die Machtasymmetrien zwischen den stigmatisierenden und stigmatisierten Gruppen nicht problematisieren. Vielmehr stellt der Rassismus auf ideologischer Ebene einerseits ein Macht- und Herrschaftsverhältnis dar. Andererseits werden dadurch konstruierte »Wir-Gruppen« legitimiert und »Fremdgruppen« abgewertet. Der gegenwärtige Rassismus-Begriff bedient daher einen kulturalisierenden und ethnisierenden Diskurs, um letztendlich auf subtile Weise Ausgrenzungsformen zu legitimieren. Die Übergänge sind fließend. So müssen die rassistischen Gewalttaten und Mordanschläge in Mölln, Solingen, Kassel, Halle, Hanau sowie des NSU in diesem Lichte betrachtet werden.

Wie Christoph Butterwegge (2017: 66) es auf den Kern bringt, sind im Rassismus die Haltungen und Handlungen inhärent: »Rassismus ist ein Gattungsbegriff für Haltungen und Handlungen, durch die Personen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder phänotypischer Merkmale [...] in Großgruppen [...] eingeteilt, deren Mitglieder bestimmte Charaktereigenschaften, Fähigkeit und Fertigkeiten zu- oder abgesprochen werden, was scheinbar rechtfertigt, sie gegenüber anderen zu bevorzugen bzw. zu benachteiligen.« Mit der Abwertung der »anderen« erfolgen zugleich die Glorifizierung und Aufwertung der »eigenen« Gemeinschaft oder Gruppe. Étienne Balibar und Immanuel Wallerstein (1988) sprechen hier von der »Konfiguration eines Neorassismus«, der sich insbesondere gegen Migrant*innen und Geflüchtete

richtet. Letztendlich werden diese ausgegrenzten Gruppen zugleich zum Spielball für Projektionen sozialer Probleme gemacht.

Gerade am Beispiel der rassistischen und rechtsextremen Gewalt in den 1990er-Jahren und dem Brandanschlag von Solingen erkennen wir, wie gesellschaftliche Umbrüche mit dem Einhergehen von Verteilungskämpfen, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit den Weg für einen neuen Rassismus ebnen können. Eine andere Form des Rassismus zeigt sich wie am Beispiel von Solingen auch in den Positionen der »Grauen Wölfe« und ihrer Ableger-Organisationen in Deutschland. Auch wenn innerhalb der »Grauen Wölfe« aus taktischen Gründen eine offene rassistische Position ausgeblendet wird, bildet der Rassismus dennoch einen zentralen Grundpfeiler der Ideologie. Nihal Atsız, ein Vordenker der panturanistischen Bewegung, hat die wichtigsten Elemente des Turkismus wie folgt formuliert: »Turkismus ist Nationalismus. Rassismus und Turanismus gehören dazu. Entweder wird das Land sich auf diesen beiden Termini erheben oder untergehen. Rassismus und Turanismus widersprechen nicht der Verfassung. Da ich Rassist und Turanist bin, wird eine mögliche Verurteilung wegen Rassismus und Turanismus die größte Ehre meines Lebens darstellen« (zit.n. Saraçoğlu 2004). Hinzu kommen Aussagen wie von Alparslan Türkeş: »Das Wesentliche ist das Bewusstsein, aus dem gleichen Stamm zu kommen, der gleichen Nation anzugehören. Jeder [...], der sich selbst von Herzen als Türke fühlt und sich dem Türkentum verspricht, ist ein Türke« (zit.n. Hoffmann et al. 1981: 53). Nicht zuletzt offenbart sich der Rassismus von MHP und »Grauen Wölfen« gegenwärtig auch in der kurdenfeindlichen Positionierung, etwa der drohenden Aussage von Türkeş: »Wenn ihr Kurden weiterhin eure primitive Sprache spricht [...], werdet ihr von den Türken auf die gleiche Weise ausgerottet, wie man schon Georgier, die Armenier und die Griechen [auf türkischem Boden] bis auf die Wurzeln ausgerottet hat« (zit.n. Werle/Kreile 1987: 90). So ist am Beispiel der Entwicklung von Solingen die Auseinandersetzung zwischen der Anhänger*innenschaft der »Grauen Wölfe« einerseits und der Anhänger*innenschaft der linken türkischen und kurdischen Gruppierungen andererseits im Lichte dieses Diskurses zu betrachten.

Präziser ausgedrückt, wird deutlich, dass der Rassismus viele Gesichter hat und auch in der Migrationsgesellschaft verschiedene Rassismen einen verstärkten Platz einnehmen. Hinzu kommt, dass Phänomene wie Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Ähnliches als globale Phänomene aufzufassen sind. So vereinen sich all diese Phänomene unter dem Dach der Ungleichwertigkeitsideologien (vgl. Bozay/Borstel 2017). In diesem Sinne können Ungleichwertigkeitsideologien als Ausdrucksweisen eines gesellschaftlichen Problems verstanden werden, indem durch menschenfeindliche Dynamiken fundamentale Werte und Rechte verletzt werden. Neben Rassismus und sozialer Ungleichwertigkeit geht es hier um die Abwertung und Ausgrenzung einer ganzen Reihe sozialer Gruppen. Dabei verläuft bei der Ungleichwertigkeit die Konstruktion sozialer Gruppen entlang negativ zu-

geschriebener Merkmale (kulturelle und ethnische Herkunft, Religion, Geschlecht, sexuelle Orientierung u.Ä.) (vgl. Borstel/Bozay 2020).

Fremd- und Selbstethnisierung in einer negativen Wechselbeziehung

Die Entwicklungen in und um Solingen 1993 haben gezeigt, dass mit der Zuspitzung sozialer und ökonomischer Probleme auch eine Ethnisierung sozialer Probleme einhergeht. Ethnische, religiöse und kulturelle Gruppenzugehörigkeiten werden aktiviert oder konstruiert, um sich Vorteile im sozialen und ökonomischen Verteilungskampf zu verschaffen (z.B. Asyldebatte, »Das Boot ist voll!«). Im gegenwärtigen gesellschaftlichen Klima, das von Verteilungsproblemen und Konkurrenz, Deprivation sowie knappen Ressourcen geprägt ist, findet unter den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden sozialen Gruppen – mit und ohne Migrationsgeschichte – eine zunehmende Fremd- und Selbstethnisierung statt. Vor allem werden in Zeiten der Krise Migrant*innen und Geflüchtete verstärkt für anstehende Probleme verantwortlich gemacht. Frank-Olaf Radtke geht noch weiter: »Deutsch sein« heißt unter den Bedingungen des modernen Wohlfahrtsstaates, den eigenen Wohlstand verteidigen und Ansprüche anderer Gruppen zu delegitimieren und abzuwehren.« (Radtke 1996: 14) Unter Bezug auf die Aussage Radtkes drückt sich diese Realität unter anderem in Form von Ausgrenzung und Rassismus in der Gesamtgesellschaft sowie in Polarisierungen verschiedener Migrant*innengruppen untereinander aus. Wo »deutsche Identität« an Profil gewinnt, werden vorhandene Selbstethnisierungstendenzen der Migrant*innen auch verstärkt. Gerade für die Migrant*innen kann Selbstethnisierung viele Funktionen besitzen: Instrument zur Selbstorganisation, aber auch den Rückzug aus gesellschaftlichen Strukturen und Schutzreaktion auf Diskriminierung sowie Ausgrenzung (vgl. Bozay 2005: 125f.).

Zweifelsohne ist davon auszugehen, dass gerade in solch einem »feindlichen Klima« Fremd- und Selbstethnisierung sich als Negativspirale gegenseitig bedingen und verstärken. Extrem rechte und ultranationalistische Organisationen mit Türkeibezug profitieren von dieser Negativspirale und fühlen sich in ihrer Politik und in ihrem Handeln bestätigt.

Dieser wechselseitige Prozess der Ethnisierung funktioniert beispielsweise auch durch die Medienberichterstattung, die ebenso verschiedenen »ethnisch« definierten sozialen Gruppen bestimmte Merkmale zuschreibt. Diese Merkmale verfestigen sich im öffentlichen Bewusstsein zu negativen Fremdbildern und werden als Klischees wahrnehmungs- und handlungsleitend. Während es in den 1990er-Jahren Bilder wie »Das Boot ist voll«, »Flüchtlingsströme« waren, spiegelt es sich gegenwärtig insbesondere in polarisierten Debatten rund um Identität, Anerkennung und Islam wider (vgl. Bozay 2008: 198ff.).

Die negative Spirale zwischen Fremd- und Selbstethnisierung zeigte sich bei Jugendlichen mit Türkeibezug auch nach dem rassistischen Brandanschlag in Solingen. In einem Biografiegespräch, das ich Anfang 2000 mit Jugendlichen aus ultranationalistischen Netzwerken geführt habe, kam diese Auseinandersetzung um Fremd- und Selbstethnisierung am Beispiel der Vorfälle in Solingen sehr gut zum Ausdruck. Servet, ein Interviewpartner, erzählte, dass der Brandanschlag von Solingen bei ihm eine »Gegenreaktion zur Integration« ausgelöst hat (Bozay 2005: 282f.). In dieser Darstellung kommt zum Ausdruck, welche Betroffenheit viele junge Menschen nach dem Brandanschlag in Solingen demonstrierten. Die gleiche Empfindung kam vor allem auch im Zuge der Mordserie und Bombenanschläge des rechtsterroristischen Netzwerks NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) in den 2000er-Jahren und nach den rassistischen Gewalttaten in Chemnitz, Halle, Kassel und Hanau zum Vorschein. Die Kontinuität rassistischer und rechtsextremer Gewalt zieht sich weiter durch gesellschaftliche Entwicklungen, die auch die Ethnisierungsdiskussionen in den Fokus nehmen.

Mit Blick auf die aktuellen Migrations- und Fluchtdebatten ist zweifellos eine stärkere Ethnisierung sozialer Konflikte festzustellen. Je mehr die ökonomische Konkurrenz im gesellschaftlichen Prozess verschärft wird, desto leichter lässt sich die kulturelle sowie ethnische Differenz zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft aufladen und instrumentalisieren. Gerade in diesem Zusammenhang fungieren sogenannte ethnische und kulturelle Minoritäten als Feindbilder, auf die sich Frustrationserfahrungen und Hassgefühle projizieren lassen. Gerade die Konstruktion von Feindbildern und die Instrumentalisierung ethnischer und kulturell-religiöser Differenzen spielen gegenwärtig in Deutschland eine bedeutende Rolle. Am Beispiel der Flucht- und Migrationsbewegungen entsteht ein Negativbild des »anderen« durch die Betonung der Ungleichwertigkeit sowie die Verbreitung zugeschriebener Gruppenzugehörigkeit (vgl. Heitmeyer 2012). Dies äußert sich vor allem auch durch ablehnende und feindliche Einstellungen gegenüber Menschen, die als Muslime gelesen und ausgegrenzt sowie diskriminiert werden (vgl. Shooman 2014).

Von Mölln, Solingen über den NSU nach Hanau

Rassistische Anschläge sind wie eine tiefe Wunde, die immer wieder aufreißt. Diese tiefe Wunde ist nicht nur ein Schmerz, sondern zugleich ein Riss, der durch die gesamte Gesellschaft geht. Wir spüren diese Lücke sowohl in Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen als auch in Halle, Chemnitz, Kassel und Hanau.

So hat der Brandanschlag in Solingen damals viele Menschen (insbesondere Jugendliche mit Türkeibezug) betroffen gemacht. Ohne Weiteres lässt sich Folgendes sagen: Das, was damals Jugendliche in Solingen erlebt haben, haben viele Jugendli-

che in ihrem Kollektivbewusstsein nach den Morden des NSU und den Anschlägen in Hanau gefühlt. Rostock, Mölln, Solingen, Chemnitz, Halle, Kassel und Hanau haben gezeigt, dass rassistische Gewalt und rechtsextremer Terror hierzulande keinen Einzelfall bilden, sondern historisch und politisch gesehen immer schon Kontinuität besaßen. Genauso wie die NSU-Morde und der Mordanschlag in Hanau war auch Solingen ein Meilenstein dieser kontinuierlichen Gewaltwelle. Neben dieser Zäsur wurde Solingen in den 1990er-Jahren ebenso zum Symbol des antirassistischen Widerstands. Bereits am gleichen Tag wurden Demonstrationen gegen Rassismus und Rechtsextremismus angekündigt, und dem folgten wochenlang weitere Protestaktivitäten, die querbeet alle gesellschaftlichen Milieus und Altersgruppen umkreisten. Zu erinnern ist an die bundesweit initiierten Lichterkettenaktionen, die durch soziale Bewegungen, Kirchen, Migrantenorganisationen und Ähnliches organisiert und von Hunderttausenden begleitet wurden. Gerade auch nach den Morden in Hanau offenbart sich eine Politisierung unter Jugendgruppen.

Kritischer Rückblick: Der Rassismus der anderen?!

Die Auseinandersetzung mit Rassismus und rechtsextremer Gewalt benötigen gegenwärtig nicht nur einen gesellschaftspolitischen Umgang, sondern auch eine Betroffenenperspektive, die eine wichtige Säule in der Ver- und Bearbeitung rassistischer Gewalt bildet. Hier gilt es vor allem, aus der Betroffenenperspektive das Schweigen zu brechen und einen Raum für Mitsprache, Artikulation und Akzeptanz zu ermöglichen, insbesondere in der Auseinandersetzung mit neuen Rechtsextremismen und rechtspopulistischen Polarisierungen.

Die Kehrseite veranschaulicht, dass die erlebten Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen bei zahlreichen Menschen mit Migrationsgeschichte das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen abbauen und das Zugehörigkeitsempfinden in die hiesige Gesellschaft verhindern. Gerade die Rassismuserfahrungen, negativen Klassifizierungen, Fremdzuschreibungen sowie Ausschlusspraxen fördern verstärkt den Rückzug von Jugendlichen »aus den Strukturen und Werten der Aufnahmegesellschaft. Gegenüber der Fremdethnisierung der Mehrheitsgesellschaft ist ein Rückzug von Migrant*innen in die eigenen »ethnischen Nischen« zu verzeichnen – eine Art Selbstisolation« (Bozay/Mangitay 2016: 72). Daher gilt es, in der »Gesellschaft der Vielen« Formen der Fremd- und Selbstethnisierung in ihrer Wechselwirkung entgegenzutreten und eine antirassistische Haltung einzunehmen.

Trotz allem kann die Antwort auf den »deutschen« Rechtsextremismus und Rassismus nicht ein »Rechtsextremismus« und »Rassismus« der türkischen oder migrantischen Version sein. Albert Memi formulierte zu Recht:

»Zunächst einmal müssen wir uns den Rassismus ins Bewusstsein rufen, ihn nicht nur bei den anderen suchen, sondern auch in uns, in jedem einzelnen und in uns allen. Ihn bei den anderen anzuprangern, ist leicht, bequem und überdies widersprüchlich. [...] Die Aufdeckung des Rassismus vor allem in uns selbst und ihn in unserem eigenen Verhalten zu bekämpfen, ist der beste Weg, um schließlich einen Rückgang bei den anderen zu erreichen.« (Memmi 1992: 139)

Anlehnend daran gilt es nicht nur, den Rassismus der anderen anzuprangern, sondern auch reflexiv einen (selbst-)kritischen Umgang mit den unterschiedlichen Rassismen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der »Gesellschaft der Vielen« zu entwickeln.

Insbesondere für die kommenden Generationen von Migrationsjugendlichen bleibt die Antwort auf die Kontinuität der rassistischen Anschläge, des rechtsextremen Terrors und der rechtspopulistischen Mobilisierung in erster Linie im Engagement für Partizipation und einer aktiven Politik der Anerkennung, in der Unterschiedlichkeiten in der »Gesellschaft der Vielen« gefördert werden und nach dem gemeinsamen »WIR« und »UNSER« gesucht wird. Ferner geht es auch um den gesellschaftlichen Widerstand und die Auseinandersetzung mit den eigenen Rassismuserfahrungen und --einstellungen. Daher müssen Politik und Gesellschaft gemeinsam Räume schaffen, um allen Formen von Rassismus und Rechtsextremismus in der »Gesellschaft der Vielen« konsequent entgegenzuwirken.

Literatur

- Antifaschistische Zeitung NRW (1993): Chronologie der Solinger Ereignisse, August-Oktober, S. 11–13.
- Ballibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel (1988): Rasse, Klasse, Nation: ambivalente Identitäten, Hamburg: Argument Verlag.
- Binswanger, Karl/Sipahioğlu, Fethi (1988): Türkisch-islamische Vereine als Faktor deutsch-türkischer Koexistenz, München: Rieß-Dr. u. -Verl.
- Borstel, Dierk/Bozay, Kemal (Hg.) (2020): Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit. Antworten auf die pädagogische und politische Praxis, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Bozay, Kemal (2021): Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland – Die Grauen Wölfe. Antisemitisch, rassistisch und demokratiefeindlich. Hg. durch AJC. https://ajcgermany.org/system/files/document/AJC-Berlin_GrauenWolfe-Broschuere-RGB-A4.pdf [08.12.2022]
- Bozay, Kemal (2008): Kulturkampf von rechts – Das Dilemma der Kölner Moscheedebatte, in: Häusler, Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«, Wiesbaden: Springer VS, S. 198–212.

- Bozay, Kemal (2005): »... ich bin stolz, Türke zu sein!« Ethnisierung gesellschaftlicher Probleme im Zeichen der Globalisierung, Schwalbach:ts: Wochenschau Verlag.
- Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hg.) (2017): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden: Springer VS.
- Bozay, Kemal/Mangitay, Orhan (2016): »Ich bin stolz, Türke zu sein!« Graue Wölfe und Türkischer (Rechts-)Nationalismus in Deutschland, Wuppertal.
- Butterwegge, Christoph (2017): Rassismus im Zeichen globaler Wanderungsbewegungen und vermehrter Fluchtmigration nach Deutschland, in: Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden: Springer VS, S. 63–81.
- Heitmeyer, Wilhelm (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Bd. 10, Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 15–41.
- Hoffmann, Barbara/Opperskalski, Michael/Solmaz, Erdem (1981): Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine. Türkische Faschisten in der Bundesrepublik, Köln: Pahl-Rugenstein.
- Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora/Weber, Klaus (Hg.) (2017): Rassismus. Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Hamburg: Argument Verlag.
- Memmi, Albert (1992): Rassismus, Hamburg: Europ. Verl.-Anst.
- Radtke, Frank-Olaf (1996): Fremde und Allzufremde – Prozesse der Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte, in: FES (Hg.): Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte, Bonn, S. 7–17.
- Saraçoğlu, Cenk (2004): Nihal Atsız's World-View and Its Influences on the Shared Symbols, Rituals, Myths and Practices of the Ülkücü Movement, Leiden.
- Sheffer, Gabriel (1993): Ethnic Diasporas – A Threat to Their Hosts?, in: Weiner, Myron (Hg.): International Migration and Security, Boulder: Westview Press, S. 263–287.
- Shooman, Yasemin (2014): »... weil ihre Kultur so ist« Narrative des antimuslimischen Rassismus, Bielefeld: transcript Verlag.
- Werle, Rainer/Kreile, Renate (1987): Renaissance des Islam. Das Beispiel Türkei, Hamburg: Junius.
- ZAG – Zeitung antirassistischer Gruppen (1993): Dürfen faschistische ImmigrantInnen gegen rassistischen Terror protestieren? Erklärungen autonomer Gruppen zu den Ausschreitungen, in: ZAG, Nr. 8, 3. Quartal, S. 34.